

Weber, Adolf

Article

Der deutsche Zollverein als Präzedenzfall für die Bildung eines freien europäischen Marktes

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Weber, Adolf (1958) : Der deutsche Zollverein als Präzedenzfall für die Bildung eines freien europäischen Marktes, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 78, Iss. 6, pp. 45-63, <https://doi.org/10.3790/schm.78.6.45>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290912>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Der deutsche Zollverein als Präzedenzfall für die Bildung eines freien europäischen Marktes*

Von

A d o l f W e b e r - M ü n c h e n

Inhaltsverzeichnis: Die Aufgabe — Ist ein Vergleich zwischen damals und heute sinnvoll? — Preußen als Schrittmacher — Die Rolle des romantischen Historismus — Adam Müller und Metternich — Die Lehre von Joh. G. Fichte — Ablehnung internationaler Arbeitsteilung durch Marx und Engels — Der Schutzzoll als Schutz gegen ökonomischen und sozialen Fortschritt — Der Widerstand der Interessenten — Der einzelnen Regierungen — Die überragende Bedeutung von Nebenius und Friedrich List — Die deutsche Freihandelspartei — Stellungnahme Bismarcks zum Freihandel — Caprivi als Vollender der Grundgedanken des Zollvereins — Das politische Verdienst Bismarcks — Vergleiche zwischen den Schwierigkeiten des Zollvereins und den heutigen Schwierigkeiten — Ein dreifacher Vorsprung des Zollvereins gegenüber der heutigen Lage — Bedenken gegen den Perfektionismus — Notwendigkeit der Vielheit in der Einheit — Ein „unentwickeltes Land“ hilft sich selbst — Gemeinsamer Markt und Freihandelszone genügen nicht — Wiederaufbau der Weltwirtschaft unter europäischer Führung

Wir sind zusammengekommen, nicht um historische Erinnerungen wachzurufen, auch nicht, um über sterile abstrakte Theorien zu diskutieren. Wir wollen Taten vorbereiten, Taten, die von Tag zu Tag dringender werden, wenn das Menschentum auf unserem Planeten nicht zugrunde gehen soll. Zwischen den beiden Giganten USA und dem kommunistischen Block ist mehr denn je eine dritte Kraft notwendig, und das kann nur ein geeintes Europa sein.

Wir werden zu prüfen haben, ob und inwieweit uns dabei die Bemühungen um ein geeintes Deutschland auf wirtschaftlicher Grundlage im Zollverein nützliche Hinweise bieten für die Gegenwartsarbeit. In dem gedruckt überreichten Vorbericht habe ich über den äußeren Verlauf der Geschehnisse das Erforderliche gesagt. Heute soll uns der Meinungsstreit in und um den Zollverein interessieren. Es ist schon so, wie unser großer deutscher Geschichtsphilosoph Johann Gottfried

* Rede vor dem „Comité International de l'Organisation Scientifique“ (CIOS) in Berlin, Kongreßhalle 1. 10. 1958.

Herder sich einmal ausgedrückt hat: „Schlüssel zur Tatengeschichte ist die Geschichte der Meinungen“.

Nun meinte allerdings Wilhelm Röpke in einem Aufsatz, den er kürzlich in der Schweizerischen Handelszeitung veröffentlichte, es habe kaum einen Sinn, den Deutschen Zollverein mit dem geplanten gemeinsamen europäischen Markt in eine Reihe zu stellen. Die Unterschiede seien zu groß, wenn auch kein Zweifel darüber bestehe, daß der Zollverein in jeder Hinsicht wirtschaftlich und politisch ein außerordentlicher Erfolg gewesen sei. Aber im Gegensatz zu heute sei das politisch-moralische Gemeinschaftsbewußtsein der beteiligten Länder unvergleichlich stärker als heute bei den Ländern des Gemeinsamen Marktes. Auch sei der Umstand von erheblicher Bedeutung gewesen, daß sich der Deutsche Zollverein in einem liberalen Zeitalter bildete unter Führung eines Landes, nämlich Preußen, das ganz erfüllt gewesen sei vom liberalen Geist, und das politisch kräftig genug gewesen sei, um sich die anerkannte Führung zu sichern. Auch habe es sich damals gehandelt um Länder mit einer metallischen Währung und der dafür selbstverständlichen monetären Disziplin, während heute die Konvertibilität der Währung ein ungelöstes Problem sei. Endlich wirkte sich der Zollverein, wie Röpke meint, nicht nur als Freihandelszone aus, sondern zugleich als Schrittmacher der europäischen Handelsbefreiung nach außen.

Sieht man die Dinge so, so müßte man annehmen, daß kaum Raum vorhanden war für einen Streit der Meinungen, daß sich vielmehr der Zollverein mit innerer Notwendigkeit im Zeitgeschehen von selbst gestaltete. Wir werden prüfen müssen, ob dies stimmt. Auf jeden Fall wird sich ergeben, daß für den Erfolg des Zollvereins nicht die Meinung der Massen, die Tätigkeit irgend welcher Organisationen entscheidend war, sondern einzelne Persönlichkeiten, die den Mut hatten, vor die Front zu treten ohne Rücksicht auf das Knurren und Murren der Interessenten und der parteipolitischen Fanatiker, Männer, die ihren Weg gingen und schließlich früher oder später den besten Helfer auf ihrer Seite hatten, den Erfolg.

Es war allerdings für die Gründung und Entwicklung des Zollvereins von größter Bedeutung, daß sie in einer Zeit vor sich gingen, wo die Erfolge einer freien Wirtschaft von keinem unbefangenen Urteilenden geleugnet werden konnten. Besonders offenbar waren diese Erfolge in England. Dort hatten die Zurückdrängung der Zunftschablone, die Freizügigkeit, das freie Vertragsrecht, der Schutz des Erfinders durch ein wohlbedachtes Patentrecht bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen Wohlstand hervorgezaubert, wie er bis dahin beispiellos war. Männer wie David Hume und namentlich Adam Smith haben diese Tatsache wissenschaftlich analysiert

und ihre wissenschaftlichen Forschungen zum Gemeingut der Menschen gemacht.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die klassischen Vertreter der freien Wirtschaft für ein unbedingtes *laissez faire, laissez passer* eingetreten seien. Sie waren von der Überzeugung durchdrungen, daß eine freie Wirtschaft nur dann Erfolg haben kann, wenn sie auf einem wohlgedachten sozialen Fundament aufgebaut wird, einem sozialen Fundament, das sowohl den nationalen Egoismus wie den privatwirtschaftlichen Egoismus in seine Schranken verweist. Von David Hume stammt das berühmte Wort: „Wir müssen für das materielle Wohlergehen anderer Völker beten, auch wenn sie unsere politischen Feinde sind.“ Und Adam Smith stellt in den Mittelpunkt seiner Lehre das Bekenntnis: „Der ist kein guter Staatsbürger, der nicht mit allen seinen Kräften bemüht ist, um das Wohlergehen der menschlichen Gesellschaft und seiner Mitbürger.“ Und diese Klassiker alle miteinander appellierten an den Staat und an die Gesetzgebung, in diesem Sinne ihre Pflicht zu tun. Allerdings waren sie der Meinung, die Malthus so formuliert: „Ein Hang, zu viel zu regieren, ist ein Anzeichen von Unwissenheit und Tollkühnheit. Die tüchtigsten Ärzte gehen am sparsamsten mit den Arzneien um und sind am geeignetsten, der Heilkraft der Natur zu vertrauen.“

So sehen die sozialökonomischen Tatsachen und Meinungen aus, die vorlagen, als die napoleonischen Kriege ihr Ende gefunden hatten. Sehen wir, welche praktischen Folgerungen aus den wissenschaftlich begründeten Meinungen und aus den Erfahrungen einerseits in England, andererseits in dem vom Krieg besonders hart mitgenommenen Preußen gezogen wurden. In England setzte man sich über die Erfahrungen und Erkenntnisse hinweg. Die Großgrundbesitzer hatten die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, und sie sorgten so für sich, daß Ricardo, wie Brentano meint, mit unbedingter logischer Folgerichtigkeit den Schluß zog: „Das Interesse der Großgrundbesitzer ist stets jeder anderen Klasse der Gesellschaft entgegengesetzt.“ Das Ergebnis war, daß im Jahre 1838, dem Jahre, wo die *Anti corn law league* gebildet wurde, die Lage der Industrie in England und der Beschäftigten geradezu verzweifelt war. Ungeheure Massen von Waren blieben unverkauft, während sich die Arbeiter im tiefsten Elend befanden.

Nun das Gegenstück: Preußen. Der Zollverein war die unmittelbare Fortsetzung der preußischen Reformen unter Stein und Hardenberg und der darauf fußenden Zollgesetzgebung von 1818. Röpke meint, daß zur Zeit des Zollvereins der Staatshaushalt einen so geringen Teil des Sozialprodukts ausmachte, daß die Ausgabenpolitik von untergeordneter Bedeutung war, während heute die Länder des Gemeinsamen Marktes bei ihren staatlichen Ausgaben vor ein be-

sonders schwieriges Problem gestellt seien. Nun, zu der Zeit, wo der Zollverein in Preußen seine Wurzeln schlug, war das Sozialprodukt für uns heutige Menschen so unvorstellbar gering und die Staatsausgaben infolge des Krieges und der Nachkriegslasten so unvorstellbar groß, daß ein Vergleich zwischen einst und jetzt überhaupt nicht möglich ist. Und in den preußischen Wirtschaftskreisen war damals auch keineswegs ein liberaler Geist landesüblich. Die Stände waren gegen die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung, und die Fabrikanten in den nach Beendigung der napoleonischen Kriege neu zu Preußen gekommenen westdeutschen Provinzen bestürmten die Regierung in Berlin mit Anträgen, sie möge doch für den Zollschutz sorgen, der ihnen zuteil geworden sei, als sie noch unter französischer Herrschaft standen.

Aber die preußischen Staatsmänner Motz und Maaßen gingen ihren Weg, ganz im Sinne von Stein und Hardenberg unter ausdrücklichem Hinweis auf die Lehren von Adam Smith. Es waren im Grunde genommen sehr einfache Gedanken, zu denen sie sich bekannten. Adam Smith hatte sie so formuliert: „Zwischen welchen Arten auch immer der Freihandel vor sich geht, so erlangen die Beteiligten immer zweierlei Vorteile davon. Der Handel führt die überschüssigen Erträge des Bodens und der Arbeitskraft dahin, wo sie vorteilhafter verwendet werden können. Dafür wird verhindert, daß die Enge des heimischen Marktes die Arbeitsteilung unmöglich macht oder die Produktion nicht zu ihrer höchsten Vollendung gebracht werden kann. Dadurch, daß ein ausgedehnterer Markt für den Teil des Arbeitsproduktes, der die einheimische Konsumtion übersteigt, geöffnet wird, werden sie angeregt, ihre produktiven Kräfte zu entwickeln und ihre Produktion aufs äußerste zu steigern und damit das reale Einkommen und das reale Vermögen der Gesellschaft zu erhöhen.“

Adam Smith und der klassischen Nationalökonomie überhaupt war es um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert darum zu tun, den Merkantilismus mit seiner irrigen Lehre von der Notwendigkeit eines Importüberschusses von Edelmetall zu überwinden. Nach den napoleonischen Kriegen stellte sich ein neuer Gegner ein, der der wirtschaftlichen Einigung der Deutschen nach dem Vorbild und unter Führung Preußens Widerstand leistete: der romantische Historismus. Auf handelspolitischem Gebiete war Vorkämpfer dieser Richtung Adam Müller, ein geborener Berliner, der seit 1811 in Österreich wirkte und dort hohes Ansehen gewann. Bedeutsam wurde Adam Müller weniger durch seine Gedankenarbeit, die sich hauptsächlich gegen Adam Smith richtete, als durch sein Verhältnis zu dem Fürsten Metternich, mit dem er gemeinsam den Gedanken des Zollvereins und dessen Freihandelspolitik bekämpfte. Über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft

äußerte sich Adam Müller folgendermaßen: „Jede einzelne produktive Kraft kann nur produzieren . . ., sofern sie selbst wieder von einer höheren Produktivkraft produziert wird. Hört der Staat auf, selbst zu produzieren, so hören alle die kleineren Produzenten von selber auf.“ Otmar Spann, der Wiener Nationalökonom, ein gelehriger Schüler und begeisterter Anhänger Adam Müllers Anfang des 20. Jahrhunderts, nannte diese Äußerung „wahrhaft genial“. Aber selbst Spann mußte zugeben, daß manche Lehren von Adam Müller begrifflich nicht zur vollen Klarheit gediehen seien und, was noch schlimmer ist, daß er „vielleicht als Charakter nicht vollkommen fest war“. Aber das Wirken dieses einen Mannes hat nicht wenig dazu beigetragen, daß der Gedanke eines Deutschen Zollvereins jenseits der österreichischen Grenze nicht Fuß fassen konnte.

Wohl alle deutschen Patrioten, die in der Lage waren, über materielle und regionale Sonderinteressen hinwegzusehen, wünschten aus nationalen Erwägungen den Beitritt Österreichs zum Zollverein oder doch wenigstens ein freundschaftliches Verhältnis der beiden Zollgruppen. Aber der österreichische Kaiserstaat mit seinem Völkergemisch hatte ein viel geringeres Einigungsbedürfnis mit dem übrigen Deutschland als Preußen. Dazu kam, daß Österreich und Preußen, die noch vor wenigen Jahrzehnten einen lang andauernden Krieg miteinander geführt hatten, um eine Vormachtstellung miteinander rangen. Metternich hatte wenig Interesse daran, diese Schwierigkeiten mit staatsmännischer Kunst zu überwinden. Bei der negativen Einstellung zum Zollverein stand ihm Adam Müller diensteifrig mit seiner Feder zur Seite. Die Romantik war freilich für Metternich, wie Shirk, der österreichische Geschichtsforscher, sich gelegentlich ausdrückte, „mehr Bundesgenosse als Wesensquelle“. Der Staat war für Metternich entgegen der Müllerschen Doktrin mehr ein regelrecht arbeitender Apparat und rational zu begreifender Zweckverband als blutvoller Naturkörper im Sinne der Romantik.

1819 verfaßte Müller auf Veranlassung von Metternich ein Gutachten über die großen Fragen der Zolleinheit des Deutschen Bundes und des freien inneren Verkehrs. In dem Gutachten wurde ausgeführt, Deutschland sei geschichtlich ungeeignet zum Einheitsstaat, insbesondere müsse eine allgemeine deutsche Zolllinie angesichts der Verschiedenheit der ökonomischen Verhältnisse aller Glieder der deutschen Familie abgelehnt werden. Als Friedrich List vor den Ministerialkonferenzen, die sich 1819/20 in Wien mit den wirtschaftspolitischen Einigungsverhandlungen beschäftigten, seine Zollvereinsidee entwickelte, fand er zunächst einigtes Gehör. Aber schließlich stieß er doch auf allgemeine und entschiedene Ablehnung. Der Plan, so sagten die maßgebenden Männer in Wien, sei nur zum Schein ein nationales Unter-

nehmen, in Wahrheit sei er ein Produkt „neuerungssüchtiger deutscher Schwindelköpfe“, die wohl lediglich das napoleonische Kolonialsystem wieder beleben sollten. Metternich selbst erklärte, daß der Handelsverein, für den List sprach, und der bereits im Bundestag als illegal erklärt worden war, „demagogisch revolutionäre Ziele“ verfolge. Immerhin war Metternich klug und aufgeschlossen genug, um die Vorteile eines freien Güteraustausches in einem möglichst weiten Umfang nicht ganz außer acht zu lassen. Er trat dafür ein, daß wenigstens der freie Verkehr mit Lebensmitteln für das ganze Bundesgebiet gestattet werde. Aber trotz der Unterstützung durch die Ministerialinstanzen scheiterte sein Vorhaben an dem Widerstand der Hofkammer und der hinter dieser stehenden Interessenvertreter.

Der Staatsbegriff, auf den sich Adam Müller stützte, ging philosophisch auf die Lehre von Johann Gottlieb Fichte, dem Bahnbrecher für den deutschen Idealismus, der seit 1809 an der Universität Berlin unter großem Erfolg lehrte, zurück. Folgerichtiger als andere Romantiker trat Fichte dafür ein, daß der auswärtige Handel nach Möglichkeit ausgeschlossen bleibe, weil er die Verwirklichung einer organischen Staatsauffassung störe. Besonders in seinem 1800 erschienenen Buche „Der geschlossene Handelsstaat“ wandte sich Fichte gegen den freien Güteraustausch und den freien Wettbewerb. Im „geschlossenen Handelsstaat“ sollte dem Staatsbürger der Handel mit dem Auslande verboten sein. „Bedarf der Staat eines Tauschhandels mit dem Ausland, so hat ihn lediglich die Regierung zu führen, aber dieser Handelsverkehr soll keineswegs auf die Dauer aufrechterhalten bleiben. Der Staat solle dahin streben, den Verkehr auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken und ihn schließlich völlig aufheben . . .“ Fichte sieht den Fall vor, daß ein Staat in den Grenzen, die ihm gezogen sind, die Autarkie nicht verwirklichen könne, sondern auf Einfuhr von Gütern angewiesen sei. In einem solchen Falle soll es ihm gestattet sein, so viel Gebiet zu okkupieren, als zur Verwirklichung der Autarkie notwendig sei. Der Staat schaffe sich so seine „natürlichen“ Grenzen. Eigentlich hätte die Folgerichtigkeit dieses Gedankenganges die organische Staatstheorie ad absurdum führen müssen. Aber immer wieder tauchte die Idee von der geschlossenen Wirtschaft auf, wenn der nationale Gedanke überspitzt der kosmopolitischen Doktrin gegenübergestellt wird. So auch hundert Jahre nach Gründung des Zollvereins, als Vertreter des Nationalsozialismus die Autarkie mit gewaltsamer Grenzberichtigung zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik machen wollten. Daß die Idee in der Zeit ernstlich vertreten wurde, als der Grund für den Zollverein gelegt wurde, ist doch wohl ein Beweis dafür, daß damals das „politisch-moralische Gemeinschaftsbewußtsein“ keineswegs so „unvergleichlich stärker war als derzeit in den Ländern, die sich zu einem Gemeinsamen Markt zusammenschließen wollen“.

Freilich zeigt sich immer wieder in der Entwicklung, daß die „Absetzung von der Weltwirtschaft“ auch für ein totales Regime, möge es auf nationalsozialistischer oder kommunistischer Basis aufgebaut sein, eine glatte Unmöglichkeit ist, die um so fühlbarer wird, je mehr das nationale Wirtschaftsleben zur Entfaltung gebracht werden soll.

Die Vorkämpfer einer freieren Wirtschaft im Rahmen des Zollvereins und erst recht die Vorkämpfer einer freien Wirtschaft im Sinne der Manchester-Leute hatten aber nicht bloß die Romantiker zu ihren Gegnern, sondern auch die führenden Köpfe der Marxisten. Marx und Engels, die die Losung ausgegeben hatten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ lehnten eine internationale Arbeitssteilung, eine Eingliederung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft wenigstens zu Lebzeiten des Kapitalismus ab. Engels beteiligte sich an der Agitation gegen die englischen Korngesetze, die den Getreidezoll beseitigen wollten, und Marx schreibt im ersten Band des „Kapitals“: „Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendigerweise fieberhafte Produktion und daraus Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt . . .“ Und in einer Rede über den Freihandel, die 1885 veröffentlicht wurde, meint Marx: „Wenn der Preis aller Waren fällt . . ., und das ist die notwendige Konsequenz des Freihandels, so kann ich mir für einen Franken weit mehr als vorher verschaffen. Insoweit wird der Freihandel dem Arbeiter sehr vorteilhaft sein. Aber wenn die Ware billiger wird, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken . . . und dann verhältnismäßig viel mehr sinken als alle anderen Waren.“ Auch Lasalle war der Ansicht, daß die Arbeiter an den Zollfragen kein Interesse hätten, weil die Herabsetzung der Zölle und die sich daraus ergebende Verbilligung des Konsums infolge des ehernen Lohngesetzes eine parallele Herabsetzung der Löhne zur Folge haben müsse. Sogar noch im Jahre 1876 wurde auf dem Gothaer Sozialistenkongreß eine Resolution angenommen, in der es hieß: „Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen . . ., daß aber die bestehenden Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Änderung erheischen.“ Um den letzten Satz richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß die damals geltenden Verträge mit ihren sehr niedrigen Industriezöllen den Höhepunkt der freihändlerischen Bewegung insbesondere im Hinblick auf die Industrie in Deutschland bildeten.

Erst spät kamen die deutschen Arbeiter dahinter, daß der Schutzzoll im Grunde nichts anderes war als ein Schutz gegen den Fortschritt, und zwar nicht nur gegen wirtschaftlichen, sondern auch gegen sozialen

Fortschritt, und daß die Welthandelstheorie von Marx, Engels und Lassalle mit Schuld daran war, daß die deutschen Arbeiter erst spät die Vorteile des freien Handels begriffen, daß sie einsahen, wie sehr das reale Arbeitseinkommen auf längere Sicht abhängt von der volkswirtschaftlichen Produktivität und daß diese Produktivität durch Erweiterung des Marktes bei freiem Austausch dreifache Vorteile mit sich bringt: Sie verbürgt Vermehrung der zur Verfügung stehenden Güterarten, sie fördert das Sozialprodukt, weil die produzierten Gütermengen vergrößert werden durch Hinausschieben der Wirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag und durch bessere Ausnutzung der Vorteile einer Massenproduktion und einer Spezialisierung, und drittens, sie verhilft der heimischen Volkswirtschaft zu einer größeren Stabilität in dem Sinne, daß zwar kleinere Schwankungen häufiger, aber große, die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehende Schwankungen seltener werden.

Zu den tiefgehenden Kontroversen hinsichtlich der politischen Grundauffassung traten Interessengegensätze, die mindestens ebenso groß waren wie heute. Zwar waren die Großgrundbesitzer zur Zeit der Gründung des Zollvereins und auch noch Jahrzehnte später im Interesse der für sie notwendigen Getreideausfuhr freihändlerisch gesinnt. Aber innerhalb der Landwirtschaft meldeten sich doch mancherlei Sonderwünsche an. Man faßt sich an den Kopf, wenn man beispielsweise liest, daß der große Johann Heinrich von Thünen, der bedeutendste deutsche Nationalökonom im 19. Jahrhundert, den Beitritt seines engeren Heimatlandes Mecklenburg in den Zollverein unter anderem deshalb bekämpfte, weil die mecklenburgische Branntweinbrennerei noch eines Schutzes gegen die fortgeschrittene preußische Branntweinbrennerei bedürfe.

Auch unter den Gewerbetreibenden waren mehr wie genug Gegensätze vorhanden. Die Baumwollspinnereien verlangten Garnzölle, die Baumwollweber waren für Freihandel; die Hochofenwerker forderten den Schutzsoll, sie waren dem Ansturm des englischen Roheisens nicht gewachsen; die Walzwerke widersprachen, „zumal doch keine Aussicht bestehe, daß Deutschland jemals in der Lage sei, genügend Roheisen selbst zu erzeugen“.

Zu all diesen Meinungsverschiedenheiten traten noch Mißtrauen und Rivalitäten unter den Länderregierungen. Hören wir, was Franz Schnabel dazu zu sagen hat: „Die Regierungen fürchteten den preußischen Ehrgeiz, die Landtage haßten den Staat der Hohenzollern als Hort der Reaktion. Sie hielten auch den preußischen Zolltarif für schädlich, da er nahezu freihändlerisch war . . . In Zollkonferenzen berieten die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, was zu tun sei, aber keiner dieser Staaten traute dem anderen. Am ehesten waren

noch die Interessen von Bayern und Württemberg vergleichbar. Diese beiden traten zu einem Süddeutschen Zollverein zusammen.

Es stimmt also ganz und gar nicht, wenn gesagt wird, daß im Gegensatz zu dem jetzt angestrebten „Gemeinsamen Markt“ „der Zollverein Länder wirtschaftlich zusammenschloß, die sich weder in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur, noch in ihrer Wirtschaftspolitik wesentlich unterschieden“.

Angesichts der vielen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten war es doch eine recht schwere Aufgabe, aus der Vielheit im Zollverein eine Einheit zu schaffen. Gelöst wurde sie im wesentlichen nicht durch die Regierungen und die Parteien und Interessentenorganisationen, sondern abgesehen von der entscheidend wichtigen preußischen Vorarbeit durch die unermüdliche Tätigkeit zweier Männer, die beide nicht zur Zunft der akademischen Nationalökonomien gehörten und noch weniger Parteipolitiker waren: dem badischen Staatsmann Karl Friedrich Nebenius, der schon 1813 den Gedanken des Zollvereins in einer Denkschrift entwickelte und in einer weiteren Denkschrift 1833 die Bedenken der süddeutschen Staaten gegen den Beitritt aus dem Wege räumten, und vor allen anderen durch Friedrich List.

Wie für die Romantiker waren auch für Friedrich List Grenzen und Ziele seiner Bestrebungen die Nation als erlebte Realität, der die Wirtschaft untergeordnet sei und deren Förderung sie zu dienen habe. Aber List betont doch mit allem Nachdruck, daß die Nation ein Mittelglied sei zwischen Individualität und Menschheit. Seinem Hauptwerk hat er das Vorwort vorangesetzt „Et la patrie et l'humanité“. Als fernes Ziel schwebte ihm die Universalnation vor, die alle Völker als höchste Wirtschaftsstufe umfassen soll. Die Nationalökonomie habe zu untersuchen, auf welche Weise jede einzelne Nation auf diejenige Stufe ökonomischer Ausbildung gehoben werden könne, auf welcher die wirtschaftliche Einigung mit anderen Nationen auf der Grundlage der Handelsfreiheit möglich und nützlich sein könne. 1834 schrieb List in einem Artikel für das „Staatslexikon“: „Man hat die Ansicht geltend machen wollen, daß die Kultur von Europa nach Amerika ziehen und Europa wie Asien in Barbarei verfallen werden und sich zum Beweis auf die Geschichte berufen. Die Geschichte lehrt aber nicht, daß die Kultur einen kreisförmigen Gang nehme, sondern daß sie spiralförmig ihre Kreise immer weiter ausdehne . . . Die Kultur der Griechen und Römer ist nicht untergegangen, sondern nur von einer Schicht frischer Naturkräfte überschattet worden, aber durch dieselben kräftiger und schöner hindurchgewachsen und wieder ans Licht getreten. Noch immer bewahrt sie denselben Grundzug des Charakters, der sie von der asiatischen so wesentlich unterscheidet: den des Fort-

schreitens, und nie hat sie diesen Charakter klarer ins Licht gestellt als im Laufe der letztverflossenen Jahrhunderte.“ In den Dienst dieses Fortschritts stellt List den Gedanken des Leistungswettbewerbs im Rahmen einer Marktwirtschaft: „Die Konkurrenz macht die Bedingungen des Tausches unpersönlich, proportioniert Bedarf und Vorrat, macht den einzelnen unabhängig, ermäßigt die Gewinne und erhält die Produktion am besten im Gange.“

Unablässig war List bemüht, für die Formulierung seiner Gedanken die Zollvereinsidee zum Mittelpunkt einer Volkbewegung zu machen. Erschütternd wirkte auf die Zeitgenossen die Klage über die volkswirtschaftliche Zerrissenheit innerhalb Deutschlands vor der Gründung des Zollvereins: „38 Zoll- und Mautlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließt. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu reisen, hat man zehn Staaten zu durchschreiten, zehn Zoll- und Mautlinien zu studieren, zehnmal Durchgangszölle zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, an einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern . . . Trostlos ist dieser Zustand für Männer, welche wirken und handeln möchten.“

In einigen Grundgedanken stimmt List mit den Lehren der Romantiker überein, die doch wohl dem Zeitgeist in den 30er Jahren mehr entsprachen als die Ansichten von Adam Smith und Ricardo. Wie die Romantiker, so betont auch List die Einheit von Staat und Wirtschaft, aber auch die Produktivkraft jeder einzelnen Nation für sich. Notfalls durch Erziehungszölle im Interesse eines inneren Gleichgewichts seien diese Kräfte zu fördern. Aber dennoch haben diejenigen recht, daß sowohl das volkswirtschaftliche Gedankengut als auch die politischen Ziele von List und den Romantikern, namentlich denjenigen von Adam Müller, durchaus verschieden waren. „Müllers Blick war rückwärts gewandt, ins Mittelalter, er wollte das Rad der Geschichte zurückdrehen. List sieht vorwärts, er will die deutsche Volkswirtschaft auf eine höhere Stufe heben, Müller versucht die versunkene Grundherrschaft des alten Feudalismus wieder zu beleben. Sein Ideal ist eine ständisch-hierarchische Gesellschaftsverfassung, Lists Denken ist modern, industrialistisch ausgerichtet. Er steht in seiner nüchternen Auffassung der wirtschaftlichen Fragen im Dienste der Fortschrittsidee des 19. Jahrhunderts . . .“ (J. Gerhardt).

Im Verlauf der Entwicklung des Zollvereins fand die Freihandelsidee eine starke Stütze durch die Deutsche Freihandelspartei, die unter dem Einfluß des Franzosen Frédéric Bastiat und der Engländer Cobden

und Bright kompromißlos für Förderung der internationalen Arbeitsteilung durch den Freihandel eintraten. Männer wie Michaelis, Prince-Smith, Faucher wirkten mit glänzender Beredsamkeit in die Breite. Sie haben auch über die Franzosen und Engländer hinaus, zum Teil über Friedrich List hinaus, wertvolle eigene Gedanken in die wissenschaftliche und politische Diskussion geworfen. Es wurde später Mode, sie als „Manchester-Leute“ zu diskreditieren. Ein Zeitgenosse dieser Manchester-Leute, der während seines Lebens unter den deutschen Nationalökonomien eine führende Rolle spielte, Wilhelm Roscher, urteilt im ganzen doch wohl richtig, wenn er meint: „Um Deutschland haben sich diese Männer unstreitig sehr verdient gemacht. Nicht bloß, indem sie durch ihre Rührigkeit und geschickte Popularität das Interesse an volkswirtschaftlichen Fragen in weiteste Kreise verbreiteten, sondern mehr noch durch ihre tatkräftige Bekämpfung aller wirtschaftlichen Privilegien und grundlos gewordenen Partikularismen. Alle jene Reformen, welche der Zollverein angebahnt hatte, um das neue Reich zu vollenden, sind durch ihre Agitation mächtig gefördert worden. Auch ihr Vorurteil gegen alle und jede Staatseinmischung in die Privatwirtschaft konnte lange Zeit als eine wohlthätige Reaktion gegen das bevormundende Mandarinentum so vieler deutscher Länder gelten.“

Allerdings haben diese Freihändler nicht genügend beachtet, im Gegensatz zu den klassischen Nationalökonomien unter Führung von Adam Smith, daß eine freie Wirtschaft nur dann Erfolge verspricht, wenn sie auf einem sozialen Fundament aufbaut. Dieses Übersehen rief den Widerspruch der akademischen Nationalökonomien seit den 60er Jahren immer stärker wach und veranlaßte sie, Anfang der 70er Jahre einen „Verein für Sozialpolitik“ zu bilden, dem fast alle akademischen Vertreter der Volkswirtschaftslehre beitraten, der dann freilich seinerseits im Verlauf seiner Geschichte doch wohl den Distributionsproblemen zu viel und dem volkswirtschaftlichen Produktivitätsproblem zu wenig Aufmerksamkeit schenkte; zur Zeit der Gründung des Vereins für Sozialpolitik waren allerdings Distributionsprobleme wissenschaftlich und politisch vordringlich.

Es entsprach sowohl dem Grundgedanken der preußischen Initiative wie den Ansichten von Nebenius und Friedrich List und erst recht dem Programm der deutschen Freihandelspartei, daß der Zollverein Schrittmacher wurde für die Ausbreitung des Freihandelsgedankens in Europa. Das war eine langwierige, mühevollere Arbeit. Trotz der von hervorragenden Führern der englischen Wirtschaft anerkannten Pionierarbeit Preußens durch den Zolltarif vom Jahre 1818 gelangten erst in den 40er Jahren in England unter schwierigsten inneren Kämpfen die Freihändler zu ihrem Ziel. Erst 1845 wurde Robert Peel als Premierminister unter dem Druck einer schweren wirtschaftlichen Notlage davon überzeugt, daß der volkswirtschaftliche und so-

ziale Fortschritt im Zeichen des Freihandels, und nicht mit Hilfe von Schutzzöllen erreicht werden könne. Um diese Zeit schrieb der große italienische Staatsmann Camillo Cavour: „In den Tagen, in denen Großbritannien die Nahrungsmittel ebenso unbeschränkt wie die Rohstoffe, die es für seine Industrie braucht, einführt, wird die Sache des Freihandels in der ganzen Welt endgültig gesiegt haben. Sie wird von da ab mit Riesenschritten fortschreiten und keine Generation wird mehr vergehen, bis sie über die anscheinend unübersteiglichen Hindernisse, die sie auf ihrem Marsche antrifft, triumphiert haben wird.“ Ganz so schnell ging es freilich nicht. Erst 1860 begann auf dem europäischen Kontinent außerhalb des Zollvereins eine Periode liberaler Handelspolitik durch Abschluß des Cobden-Vertrags zwischen England und Frankreich, ein Vertrag, der aber entgegen dem Willen der französischen Parlamentsmehrheit durch den Machtspruch des dritten Napoleon zustande kam.

Die Erfolge der Freihandelspolitik übertrafen rasch alle Erwartungen. Der Biograph Disraelis, der als Führer der Konservativen die Freihandelsidee leidenschaftlich bekämpft hatte, I. A. Froude, mußte bekennen: „Mehr als alles, was Cobden prophezeit hatte, traf zu. Wissenschaft und Technik kamen seiner Politik zugute. Ausfuhr und Einfuhr wuchsen mit fieberhafter Schnelligkeit und der Wohlstand übertraf die größten Hoffnungen der Antikornliga. Durch die Zollunion wurden die Schutzzölle abgeschafft und dennoch nahmen die Einnahmen aus den Zöllen zu, die Bevölkerung vermehrte sich wie die Bienen und trotzdem stiegen die Löhne . . .“

Die so offenbar gewordenen Erfolge des Freihandels ermutigten Männer der Freihandelspartei zu dem Versuch, den Zollverein nach Osten hin auszudehnen. Eine ausgedehnte Diskussion darüber setzte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland ein. Eine Revision des russischen Zolltarifs im liberalen Sinne wurde in den Jahren 1857 bis 1868 erreicht, aber nur insoweit, als sie den landwirtschaftlichen Interessen entsprach. Die russische „Freie ökonomische Gesellschaft“ schrieb Anfang der 80er Jahre: „Während der verfloßenen 60 Jahre von 1822 bis 1882 hat die weitaus bedeutendste Produktion Rußlands, die Landwirtschaft, viermal unermessliche Schäden erleiden müssen, wodurch sie in eine äußerst kritische Lage gebracht worden ist, und in allen vier Fällen lag die unmittelbare Ursache in dem maßlos hohen Zolltarif. Umgekehrt ist die 32jährige Zeitperiode von 1845 bis 1877, während der gemäßigte Zölle bestanden, ohne solche Notstände abgelaufen, ungeachtet der drei Kriege und eines inneren Bürgerkrieges (gemeint ist der polnische Aufstand von 1863). Das geschah ohne jede Anspannung der Finanzkraft des Staates.“ Der freihändlerischen Zollvereinsidee stand in Rußland aber die Begeisterung für den industri-

ellen Schutzzoll entgegen, der, wie sich die „Freie ökonomische Gesellschaft“ ausdrückte, der künstlichen Verpflanzung der kapitalistischen Industrien nach Rußland Vorschub leiste; das müsse verhindert werden, denn diese Industrien seien „Brutstätte jener Massen militärdienstuntauglicher, besitzloser und heimatloser Menschen, die nichts zu verlieren haben und die seit langer Zeit in schlechtem Rufe stehen.“

Zu der Zeit, wo der Deutsche Zollverein vom Norddeutschen Bund abgelöst wurde, der nach dem siegreichen Kriege gegen Frankreich die Überleitung zum Deutschen Reich bildete, stand der Gründer des Norddeutschen Bundes, Bismarck, ohne Zweifel im liberalen Lager. Es entsprach sicherlich seiner Überzeugung, wenn er damals meinte, „die fortschreitende Einigung Deutschlands erfordert, daß wir immer liberaler werden“. Dabei dachte er insbesondere an eine liberale Wirtschaftspolitik im Interesse des internationalen Güteraustausches. Unmittelbar nach Gründung des Deutschen Reiches wollte Bismarck nur von Finanzzöllen etwas wissen, das heißt von Zöllen, wie er sich ausdrückte, auf solche Artikel, „denen man sich, ohne das Leben zu schädigen, wenigstens in gewissem Umfang zu enthalten vermag und wo man den Regulator des Beitrags zum öffentlichen Säckel in der Hand hat“. Als er dann doch mit dem Zolltarif von 1879 den Weg der Schutzzollpolitik einschlug, war es ihm doch zunächst mehr zu tun um Kassenerfolge des Reiches als um eine Neuorientierung der überkommenen Freihandelspolitik. Im Verlauf der 80er Jahre vollzog sich jedoch bei Bismarck unter dem Druck einer protektionistisch eingestellten Reichstagsmehrheit ein Wandel, der sich unter anderem äußerte in der Einführung von Kornzöllen. Man begnügte sich ursprünglich mit 1 Mark pro Doppelzentner, erhöhte rasch aber 1885 auf 3 Mark und wenig später sogar auf 5 Mark. Diese Zollerhöhungen vollzogen sich nicht auf Grund von Handelsverträgen, sondern auf autonomer Grundlage. Die dadurch in die Handelsbeziehungen hineingetragene, für die heimische Wirtschaft höchst unerfreuliche Unsicherheit suchte Bismarcks Nachfolger Caprivi in den 90er Jahren durch Handelsverträge, die gleichzeitig Tarifbindung und Zollermäßigung mit sich brachten, aus der Welt zu schaffen. Die deutsche Handelspolitik näherte sich dadurch weitgehend den freihändlerischen Ideen. Heute kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß in der Wirtschaftsgeschichte des deutschen Volkes niemals ein so großer ökonomischer und sozialer Fortschritt erzielt wurde wie in der kurzen Zeit unter dem Einfluß der Caprivischen Handelspolitik. Der Zins für langfristiges Kapital sank ohne Zuhilfenahme der volkswirtschaftlich so bedenklichen Mittel des Scheinkapitals mit Mitteln des Geldmarktes auf weniger als $3\frac{1}{2}$ Prozent, das reale Arbeitseinkommen verdoppelte sich in wenigen Jahrzehnten. Die deutsche Sozialversicherungsgesetzgebung der 80er Jahre und die Arbeiterschutzgesetzgebung der 90er Jahre

trugen dazu bei, daß auch der soziale Fortschritt keine Utopie mehr war. Das war gewiß nicht nur die Folge der Caprivilschen Handelspolitik, es bedeutete aber die Krönung einer Politik, die Preußen im Jahre 1818 begonnen hatte und die dann im Laufe der Jahrzehnte trotz einigem Auf und Ab folgerichtig im Sinne des Zollvereins durchgeführt wurde. Nicht der große Kanzler Bismarck, sondern der schlichte General Caprivi, der Mann „ohne Ar und Halm“, wagte es, den Interessenten, namentlich den ostelbischen Agrariern, die Stirn zu bieten und wurde dadurch Ende des 19. Jahrhunderts der Vollender dessen, was am Anfang des Jahrhunderts unter Führung des Reichsfreiherrn vom Stein begonnen war. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dem Weitblick und der Tatkraft Bismarcks die politische Einigung Deutschlands auf föderalistischer Grundlage zu verdanken war. Der Zollverein leistete die dafür unerläßliche Grundlage auf wirtschaftlichem Gebiet.

Gewiß waren die Aufgaben, die der Zollverein zu lösen hatte, in mancher Hinsicht anders als die Aufgaben, die der notwendigen europäischen Einigung auf wirtschaftlicher Grundlage bevorstehen. Aber sie waren bestimmt nicht leichter. Die sogenannte organische Staatstheorie, die den Bahnbrechern für einen Deutschen Zollverein viel zu schaffen machte, findet heute kaum noch Anhänger, die irgendeinen Einfluß haben. Vestigia terrent! Der Zusammenbruch derer, die sich dafür eingesetzt hatten, schreckt ab. Es scheint als ob die denkenden Staatsmänner der freien Welt sich weitgehend dem anschließen, was Hegel vom vernünftigen Staat gesagt hat, wenn auch in mancherlei Modifikation. Friedrich Meinecke schreibt über die „endgültige“ Lehre Hegels vom vernünftigen Staat: „Wohl gab Hegel der Staatsraison freien Spielraum, er sah in der äußeren Macht eine Vollendung des Korrelats seiner inneren Tüchtigkeit. Aber das Höchste, was er von ihrer Entfaltung erwartete, war nicht die nationale Macht an sich, sondern die nationale Kultur, die aus ihr nicht unmittelbar bezweckt, sondern organisch emporblühend hervorgehen sollte. Das Höchste, was ein Staat erreichen kann, ist, daß in ihm Kunst und Wissenschaft ausgebildet sind, eine Höhe erreichen, die dem Geiste des Volkes entsprechend ist. Das ist der höchste Zweck des Staates.“ Soweit die Interpretation des Hegelschen Staatsbegriffs durch Meinecke.

Auch das ist gegenüber der Zeit des Zollvereins ein Fortschritt im Meinungsstreit, daß die Sozialisten aller Richtungen und Schattierungen heute im allgemeinen doch von der Notwendigkeit einer internationalen Arbeitsteilung überzeugt sind. Sogar der Bolschewismus teilt nicht mehr die Sorge, die einst Marx und Engels wegen der Eingliederung der heimischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft hatten. Im April 1958 gab der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR,

Mikojan, die Erklärung ab: „Die Sowjetunion tritt für weitgehende Entwicklung des internationalen Handels ein, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Staaten. Dabei gehen wir davon aus, daß die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Entwicklung der Länder beiträgt und eine Arbeitsteilung zwischen diesen Ländern entwickelt.“ Diese „Koexistenz“ ist allerdings weit entfernt von dem freien Gütertausch, den die Väter des Zollvereins anstrebten. Von allem Politischen abgesehen macht das systemnotwendige sowjetrussische staatliche Außenhandelsmonopol einen wirklich freien Gütertausch auf internationaler Grundlage unmöglich.

Der Zollverein hatte in dreifacher Hinsicht einen Vorsprung vor den Ländern, die heute am internationalen Gütertausch beteiligt sind. Er konnte sich auf die metallische Währung stützen und die dadurch bedingte monetäre Disziplin; das Zahlungsbilanzproblem, das heute einem gemeinsamen Markt mehr als alles andere im Wege steht, gab es nicht. Wenn auch dieses Plus stark abgeschwächt war durch die Doppelwährung, die infolge der fortschreitenden Entwertung des Silbers einigen europäischen Ländern große Schwierigkeiten machte. Noch mehr fällt jedoch für die Zeit des Zollvereins ins Gewicht, daß die heutigen furchtbaren unproduktiven Rüstungsausgaben unbekannt waren. Als wir im Jahre 1913 angesichts der rasch zunehmenden politischen Gefahren in Deutschland einen „einmaligen Wehrbeitrag“ von einer Milliarde Mark erhoben — die Einmaligkeit wurde im Gesetz feierlich festgelegt — meinte ein so hervorragender Nationalökonom wie Knut Wicksell, alle Ausgaben für Rüstungszwecke kämen einer Kapitalvernichtung gleich, und deutsche Nationalökonomien warnten eindringlich vor den Folgen so großer unproduktiver Ausgaben. Heute geben die Vereinigten Staaten Jahr für Jahr steigend jährlich über 40 Milliarden für Rüstungen aus und die anderen Länder suchen, es ihnen nachzumachen. Überall steht man infolgedessen am Rande des Defizits oder schon mitten drin. Dementsprechend wachsen die Gefahren einer weltweiten Inflation. Vielleicht am wichtigsten war, daß die Menschen in der Zeit, wo der Zollverein sich entwickelte, zwar bei weitem nicht so Herr waren über die Natur wie der moderne Mensch; dafür waren sie weit mehr Herr über sich selbst. Diese Herrschaft haben sie mittlerweile in höchst bedenklichem Maße abgetreten an die Funktionäre der zahlreichen Organisationen und der politischen Parteien. Das Leben der einzelnen über die Verhältnisse wird dadurch begünstigt.

Trotz allen Verschiedenheiten können wir aus der Geschichte des Zollvereins doch mancherlei lernen. Der Übergang von einer mehr oder minder engherzigen materiellen nationalen Interessenpolitik auf dirigistischer Grundlage erforderte Preisgabe von mancherlei Vorurteilen im Interesse der Gesamtheit. Es bedurfte im Zollverein zäher, kluger

und geduldiger Arbeit, um doch die Politik dem als notwendig anerkannten volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Ziele allmählich näher zu bringen. Nichts wäre verfehlter gewesen, als wenn man einer klar durchdachten Theorie zuliebe den Standpunkt alles oder nichts vertreten hätte. Die Staatsmänner, die den Zollverein gründeten und ihn zu dem heiß ersehnten Ziele führten, mußten als Realpolitiker gelegentlich Zugeständnisse machen, die aber nie soweit gingen, daß dadurch die Erreichung des klar erkannten Zieles gefährdet werden konnte. Als Bundeskanzler Adenauer im September 1956 seinen berühmten Appell ergehen ließ zur Schaffung eines Vereinten Europas, führte er unter anderem aus: „Die Verwirklichung der europäischen Integration darf nicht unmöglich gemacht werden durch den Perfektionismus. Die europäische Integration darf nicht starr sein, sie muß so dehnbar und so elastisch sein wie eben möglich. Sie darf kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker, sie muß vielmehr für deren Entwicklung ein gemeinsamer Halt sein, eine gemeinsame Stütze für eine gesunde berechnete Eigenart einer jedem einzelnen entsprechenden Entwicklung sein.“ Die Geschichte des Zollvereins ist Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung.

Nicht früh genug und nicht umfassend genug muß auf dem Wege zum Ziel auch ein Gedanke berücksichtigt werden, auf den Friedrich List, aber auch andere führende Persönlichkeiten des Zollvereins großes Gewicht legten: Nicht der Reichtum sei für die Völker das Wichtigste, sondern die Kraft, Reichtum zu erzeugen. Die produktive Kraft der Individuen hängt von der Gesellschaft ab, in der sie leben, davon, ob Wissenschaft und Kunst blühen, ob die öffentlichen Institutionen und Gesetze, Religiosität, Moralität und Intelligenz, Sicherheit der Person und des Eigentums, Freiheit und Recht fördern, ob in der Nation alle Faktoren des materiellen Wohlstandes, Agrikultur, Manufaktur und Handel gleichmäßig und harmonisch ausgebildet sind, ob die Macht der Nation groß genug ist, um dem Individuum den Fortschritt im Wohlstand von Generation zu Generation zu sichern . . . List hatte aber auch volles Verständnis dafür, daß die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß die einzelnen Menschen und die einzelnen Nationen willenlos in einer Herde mitlaufen. Er wollte das historisch Gewordene mit verwenden als Grundlage, um daraus neue vermehrte Werte zu schaffen.

Klar muß man sich darüber sein, daß heute noch viel mehr als zur Zeit des Zollvereins das Schaffen eines großen gemeinsamen Marktes allein nicht genügt, um volks- und weltwirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden und den Weg zum volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt frei zu machen. Das haben die im Zollverein beteiligten Staaten recht gründlich erfahren. Anders wie in England, wo die Wirt-

schaft, gestützt auf das Kolonialreich und die monopolistische Stellung, am Weltmarkt rasch die Früchte der Handelsfreiheit in reichstem Maße pflücken konnte, mußten die Staaten des Zollvereins mit sehr viel Mühe um den Fortschritt trotz der übergroßen englischen Konkurrenz ringen. Wie wenig günstig die wirtschaftliche Lage Jahrzehnte hindurch für die Länder des Zollvereins blieb, zeigt schon die Bevölkerungsbewegung. Die Bevölkerung der deutschen Staaten stieg von 23 Millionen im Jahre 1816 auf 30 Millionen im Jahre 1837, also in diesen 21 Jahren um 1,42 Prozent jährlich. In der Zeit von 1837 bis 1858 hob sich die Bevölkerung nur von 30 Millionen auf 35,5 Millionen, also nur noch um 0,85 Prozent. Da man nicht genügend Waren exportieren konnte, mußte man Menschen exportieren. Hunderttausende verließen infolge mißlicher materieller Lage das Heimatland, um insbesondere in der Neuen Welt, namentlich in Nordamerika, ein besseres Auskommen zu suchen. Es ist kennzeichnend, daß eine großzügige Ausbeutung der wertvollsten Naturschätze, über die die Länder des Zollvereins verfügten, die Kohlevorkommen im rheinisch-westfälischen Gebiet, erst Jahrzehnte nach Gründung des Zollvereins, und zwar mit ausländischer Hilfe erfolgte. Ohne Kapitalhilfe durch das benachbarte Ausland wäre auch der bis dahin erzielte bescheidene Ertrag aus dem Bergbau nicht möglich gewesen. Die Länder des Zollvereins gehörten jahrzehntelang zu den sogenannten unentwickelten Gebieten. Parforcekuren, wie sie heute im politischen Wettstreit um unentwickelte Länder zur Anwendung kommen sollen, wurden vermieden, und das war gut so. Dadurch wurde eine organische Entwicklung der eigenen Kräfte ohne vorübergehende Scheinerfolge ermöglicht.

Je stärker der Zollverein wirtschaftlich wurde, um so mehr konnte er aus dem freien internationalen Kapitalverkehr, der vor 100 Jahren vorherrschend war, Nutzen ziehen. Technisch möglich und volkswirtschaftlich erfolgreich wurde die freie internationale Kapitalstraße auf Grund der klaren Erkenntnis, daß Geldkapital und Produktivkapital nicht miteinander verwechselt werden dürfen, daß dann, wenn Lücken am Kapitalmarkt durch Mittel des Geldmarkts ausgefüllt werden, dadurch nur inflationistische Bewegungen am Kapitalmarkt wachgerufen werden, die auf lange Sicht weit mehr schaden als nützen. Eine Geldschwemme am Kapitalmarkt ist vielleicht die gefährlichste Art der Inflation, weil sie die damit verbundenen tiefgehenden volkswirtschaftlichen Disproportionalitäten in geradezu heimtückischer Weise verdeckt.

Allenthalben herrschte im Zollverein Verständnis dafür, daß der Kapitalimport nur Hilfe zur Selbsthilfe sein kann. Das eigene Interesse der Kapitalbesitzer ist dafür die beste Vorbedingung. Liegt die Kapitalverwendung in den Händen der politischen Machthaber, dann ist die

Gefahr groß, daß sie zum Nachteil der Nehmer und Geber zu einer Kapitalverschwendung wird. Die Wirtschaftsführer im Zollverein hatten volles Verständnis dafür, daß die Hereinnahme von Fremdkapital voraussetzt, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die fremden Krücken sobald wie möglich wieder wegwerfen zu können.

Bewundernswert ist die Art und Weise, wie die Länder des Zollvereins trotz allen Schwierigkeiten wirtschaftspolitischer Art den volkswirtschaftlichen Aufschwung durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit vorbereiteten. Hören wir, was Arthur Spiethoff, unter den deutscher Nationalökonom unstreitig der beste Kenner der Geschichte der volkswirtschaftlichen Wechsellagen, darüber zu sagen hat: „Die Sparkassenbestände nahmen dauernd und rasch, die Bevölkerungsvermehrung weit hinter sich lassend, zu. Die Gütererzeugung wurde nicht in den Dienst des unmittelbaren Verbrauchs, sondern in den der Herstellung von Ertragsgütern gestellt. Das Ziel war Umwandlung und Neubau der Erzeugung und der Verkehrsanlagen. Die großen Kapitalanlagen wären ohne Hintansetzung des unmittelbaren Verbrauchs nicht möglich gewesen. Die Kapitalbildung erfolgte zum Teil aus einer Verringerung des unmittelbaren Verbrauchs. Stellenweise läßt sich Rückgang des realen Lohnes nachweisen.“ Diese letzte Bemerkung gibt allerdings zu ernststen Bedenken Anlaß. Die Arbeiter waren weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. So konnten volkswirtschaftliche Fortschritte zum Teil auf dem Rücken und zu Lasten der Arbeiterschaft gemacht werden. Das nützte zwar vorübergehend den Unternehmern, trug bei zur Kapitalbildung, aber es gab auch Anlaß zu schweren volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Störungen. Der eigentliche, im Grunde genommen einzige Faktor des volkswirtschaftlichen Wachstums ist die Arbeit, genauer gesagt, sind die menschlichen Wirksamkeiten: Einsicht, Wille und Körperkraft. Sie wurden durch das antisoziale Vorgehen der Unternehmer bedenklich beeinträchtigt, zugleich wurden dadurch Überproduktionskrisen begünstigt. Die ganze Zeit des Zollvereins war infolgedessen von einer sozialen und politischen Unruhe begleitet, die erst gegen Ende des Jahrhunderts, als die Früchte der gemeinsamen Arbeit in Hülle und Fülle geerntet werden konnten, einer allgemeinen Beruhigung Platz machte.

Mit einem Gemeinsamen Markt von sechs Ländern inmitten Europas wäre wenig erreicht, auch die zur Ergänzung unentbehrliche Freihandelszone genügt nicht. Was wir brauchen, ist eine europäische Wirtschaftsassoziation auf freiheitlicher Grundlage im Dienste der Weltwirtschaft. Die beiden Giganten der modernen Weltwirtschaft, USA und Sowjetrußland, die beide dem technokratischen Götzendienst verfallen sind, haben sich wirtschaftlich übernommen, eine Folge der wahnsinnig hohen Aufwendungen für die Rüstung. Bereits vor Jahres-

frist schrieb mir der Bundeskanzler: „Das fundamentale Problem für die Menschheit ist die kontrollierte allgemeine Abrüstung.“ Es gibt heute keine politische These, die richtiger und wichtiger ist. Angesichts der wirtschaftlich sehr bedenklichen Lage des kommunistischen Ostblocks mußte sich neuerdings auch Chruschtschow zu dieser These bekennen. Die Abrüstung legt aber nur das Fundament für den Aufbau. Europa wird abermals berufen sein, der Welt zu zeigen, daß es im Rückgang die Kraft zum Neuaufbau findet. Als die Griechen und Römer untergingen, brachten die Germanen vom Norden her neue ursprüngliche Kraft, und die Christen, die den Katakomben entstiegen, vom Süden her durch das Bewußtsein der Gotteskindschaft den Menschen die seelische Kraft, die sie brauchen, wenn sie wirklich frei sein wollen. Der religiöse Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus und der politische Gegensatz zwischen Habsburg und Frankreich verwickelte die Menschen in furchtbare Kriege; der Untergang schien abermals besiegelt zu sein. Aber schon nach mehreren Menschenaltern hatte die frei gewordene Wissenschaft neue Wege für die Kultur, aber auch für die Gewinnung materieller Güter hervorgebracht. Europa unterwarf sich die Welt, aber es ließ ausgleichende Gerechtigkeit vermissen zum Nachteil der abhängigen Arbeiter und zum Nachteil der unterworfenen Kolonialvölker. Unter Führung Europas wurde die soziale Frage zu einer Gewissensfrage für uns alle, und jetzt handelt es sich darum, die farbigen Völker aus mißachteten Knechten beim Erwerb von Reichtum zu gleichberechtigten Freunden zu machen. Nur Europa aus freier wirtschaftlicher Assoziation, Europa die Vielheit in der Einheit, kann hoffen, die dafür erforderliche Kraft und das nötige Vertrauen zu gewinnen. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat Europa viel an Kraft und Vertrauen verloren, aber es hat auch gewonnen. Sehr wichtig ist, daß Großbritannien heute weiß, daß sein zukünftiges Schicksal mehr abhängt von einem Zusammengehen mit dem europäischen Kontinent als von der Führung des Commonwealth. Erinnern wir daran, daß Coudenhove, als er nach dem ersten Weltkrieg seine Paneuropaidee entwickelte, Großbritannien bewußt aus dem paneuropäischen Zirkel lassen wollte, weil es mehr denn je „ein ozeanisches Bundesreich“ geworden sei. Noch wichtiger ist, daß Frankreich und Deutschland endlich nicht nur ihre alte Feindschaft begraben haben, sondern wirkliche Freunde geworden sind, diese „beiden Flügel des Abendlandes“. Diese Freundschaft bietet die beste Gewähr, daß von einem Untergang des Abendlandes dann keine Rede sein kann, wenn die wirtschaftlichen Gegensätze in Europa so erfolgreich überwunden werden, wie das einst in den Ländern geschah, die sich zum deutschen Zollverein zusammenschlossen.